

Unternehmerfrühstück Günter Rudolph, MdL

Diskussion um wirtschaftlich tätige Kommunen



Das Unternehmerfrühstück des IHK Arbeitskreises Mittelstand ist in drei Jahren zu einer festen Größe geworden. SPD-Landtagsabgeordneter Günther Rudolph (Mitte) gab sich die Ehre bei Alwin Altrichter (links) und Ralf Gude. (Foto: Christine Neumann)

Beim traditionellen Unternehmerfrühstück des Netzwerk Mittelstand der IHK Kassel und des Wirtschaftsclubs Kassel im Hotel Gude, war letzten Freitag der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph zu Gast.

Zentrales Thema war die Diskussion um die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen. Der §121 der Hessischen Gemeindeordnung ermöglicht Städten und Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen wirtschaftlich tätig zu werden. In der letzten Zeit wurden jedoch immer wieder Fälle bekannt, in denen sich Kommunen auch über den Bereich der Daseinsvorsorge hinaus wirtschaftlich betätigt haben.

Ungleicher Wettbewerb

Alwin Altrichter, Vorsitzender des Netzwerk Mittelstand, kritisierte diese Entwicklung. Städtische Bedienstete treten in einen ungleichen Wettbewerb mit der freien Wirtschaft und nehmen damit vor allem mittelständischen Unternehmen die Aufträge weg.

Günter Rudolph, MdL, stellte sich hinter das Gesetz an dessen Änderung er seinerzeit mit beteiligt war. Eine Konkurrenz zur Privatwirtschaft ist jedoch ausdrücklich nicht gewollt. Die Tätigkeiten sollten sich ausschließlich auf den Bereich der Daseinsvorsorge beschränken. Greift eine Gemeinde massiv in den privatwirtschaftlichen Sektor ein, sollte die Kommunalaufsicht einschreiten. Wie streng das Gesetz ausgelegt wird, hängt jedoch auch immer von den örtlichen Verantwortlichen ab.

In diesem Zusammenhang kam man auf ein weiteres Problem zu sprechen. Im Zuge des Preisdrucks bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen würden viele Unternehmer vor allem an den Personalkosten sparen und günstigere Subunternehmer ohne Tarif- oder Mindestlohnbindung beauftragen. Rudolph würde vor diesem Hintergrund die Einrichtung weiterer Mindestlöhne begrüßen. Zudem ermuntert er die Kommunen die Möglichkeiten der freihändigen Vergabe bei kleineren Aufträgen, also ohne öffentliche Ausschreibung, stärker zu nutzen und sich so davon zu befreien zwingend das günstigste Angebot anzunehmen.

Unternehmensnachfolge gefährdet

Und noch ein Thema brannte den Unternehmern des Netzwerks und des Wirtschaftsclubs auf den Nägeln. Für Unternehmer und gerade für Existenzgründer wird es immer schwieriger Kapital von den Banken zu bekommen wenn keine ausreichenden Sicherheiten angeboten werden können. Diese Problematik tritt häufig auch bei der Unternehmensnachfolge auf und verhindert unter Umständen die Weiterexistenz eines Betriebes wenn Kapital für den Kauf nicht aufgebracht werden kann. Der Vorschlag aus den Reihen der Unternehmer sieht ein eigenes Programm von Staat und Banken vor, ein regionaler Fonds um in solchen Fällen Risikokapital bereitstellen zu können.

Rudolph stimmt den Anwesenden voll zu. Den Vorschlag eines regionalen Fonds nimmt diese Anregung auf.

Christine Neumann ■